

Für eine Pflege, die wir verdienen

feministisch

Die Linke

Pflege bedeutet Verantwortung – für die eigenen Eltern, Großeltern und Kinder. Doch statt Unterstützung zu erhalten, bleiben viele damit allein.

Wer Angehörige pflegt, muss oft eigene Bedürfnisse zurückstellen: weniger Freizeit, weniger Einkommen, weniger Rente. Während die Regierenden seit Jahren wegschauen, tragen vor allem Frauen die Last.

Gute Pflege darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Sie braucht Zeit, Unterstützung und gute Bedingungen – für alle, die pflegen, und für alle, die gepflegt werden. Deshalb setzen wir uns für eine gerechte und solidarische Pflegepolitik ein, die die Bedürfnisse aller Menschen in den Mittelpunkt stellt.

Pflegearbeit gerecht aufteilen

Noch immer übernehmen vor allem Frauen die Verantwortung für die Pflege von Angehörigen. Das führt zu weniger Einkommen, schlechterer Absicherung und später zu Altersarmut. Das muss sich ändern. Wir fordern eine kürzere Vollzeit-Arbeitswoche z.B. in Form einer 4-Tage-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich.

So bleibt genug Zeit für Familie, Freundschaften und Erholung.

Pflegende Angehörige müssen in allen Pflegegremien mitentscheiden können. Denn gute Pflege ist eine gesellschaftliche Aufgabe – keine private Last.

Finanzielle Unterstützung für pflegende Angehörige

Pflege ist Arbeit – und muss auch als solche anerkannt werden. Wer Angehörige pflegt, darf nicht in finanzielle Unsicherheit geraten. Deshalb fordern wir eine sechswöchige Freistellung mit vollem Lohnausgleich für jeden Pflegefall. Danach brauchen wir ein echtes Rückkehrrecht in den Job und flexible Arbeitszeiten, die mit der Pflege vereinbar sind. Niemand sollte zwischen Lohnarbeit und Fürsorge zerrieben werden. Wir setzen uns für verbindliche Pflegezeiten mit sozialer Absicherung ein, damit diejenigen, die sich um andere kümmern, nicht selbst ins Straucheln geraten. Pflege geht uns alle an – Setzen wir uns gemeinsam für eine gerechtere Pflegepolitik ein!

Mach mit



Weg mit § 218 – Unser Körper, unsere Entscheidung!

Der Internationale Frauentag ist ein Tag des Kampfes – und auch in Deutschland bleibt viel zu tun. Noch immer steht der Schwangerschaftsabbruch im Strafgesetzbuch. Noch immer wird Schwangerschaftsabbruch dadurch kriminalisiert und stigmatisiert. Noch immer maßt sich der Staat an, Schwangere zu bevormunden und ihre körperliche Selbstbestimmung einzuschränken – das muss endlich enden!

Mehr als 80 Prozent der Menschen in Deutschland lehnen die Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen ab.

Doch trotz dieser eindeutigen gesellschaftlichen Mehrheit bleibt der Bundestag zögerlich. Mit der Wahl zum 21. Deutschen Bundestages und dem Erstarren der AfD wird ein erneuter Vorstoß zur Abschaffung des § 218 schwieriger, aber umso dringlicher. Die AfD versucht mit Forderungen wie der verpflichtenden Präsentation von Embryo-Fotos für Schwangere, Kontrolle und Druck auszuüben. Solche Maßnahmen dienen nicht dem Schutz, sondern der Bevormundung und Einschüchterung von Schwangeren. Dahinter steckt ein frauenverachtendes Weltbild, das Schwangere als unmündig und manipulierbar betrachtet. Doch die körperliche Selbstbestimmung ist kein Verhandlungsgegenstand!

Schwangerschaftsabbrüche müssen aus dem Strafgesetzbuch gestrichen werden!

Sie sind Teil der Gesundheitsversorgung und dürfen nicht länger unter Strafe stehen. Die aktuelle Regelung mit Zwangsberatung und Wartefrist ist ein Relikt aus patriarchalen Zeiten. Es braucht einen freien, sicheren und kostenfreien Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen – ohne Wenn und Aber.

Der Internationale Frauentag erinnert uns: Rechte werden nicht geschenkt, sie werden erkämpft. Der Kampf für Gleichberechtigung endet nicht mit der Abschaffung von § 218 – auch gleiche Löhne, bessere Arbeitsbedingungen und ein umfassender Schutz vor Gewalt sind zentrale Forderungen, die es durchzusetzen gilt.